

Pressemitteilung**Institut zur Zukunft der Arbeit****Mark Fallak**

25.06.2013

<http://idw-online.de/de/news540317>Forschungsergebnisse, Forschungsprojekte
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft
überregional**Forschungsbericht plädiert für weitere Öffnung der EU-Arbeitsmärkte nach Osten**

Von einer weiteren Öffnung der EU-Arbeitsmärkte nach Osteuropa würden sowohl die Herkunftsländer als auch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union profitieren. Das ist der zentrale Befund eines internationalen Forschungsprojekts unter der Leitung von Professor Klaus F. Zimmermann, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Die Analyse bezieht sich auf die Länder der so genannten Östlichen Partnerschaft der EU - dazu zählen Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland.

Detaillierte Berechnungen bisheriger und künftiger Wanderungsbewegungen ergaben, dass eine schrittweise Liberalisierung des Zugangs zu den EU-Arbeitsmärkten das Wirtschaftswachstum stärken und das Inflationsrisiko senken würde, ohne dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu befürchten wäre. Selbst bei einer vollständigen Öffnung wäre nur mit einem moderaten Anstieg der Zuwanderungszahlen zu rechnen. Die Experten weisen jedoch darauf hin, dass geeignete politische Maßnahmen nötig sind, um die Zuwanderung insbesondere Hochqualifizierter zu erleichtern und die Integration der Arbeitsmigranten zu fördern.

Für Deutschland sehen die Forscher das größte Manko in der Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen. Die bisherigen Zuwanderer aus den untersuchten Ländern, insbesondere aus der Ukraine, seien im Schnitt jünger und besser qualifiziert als Einheimische und EU-Ausländer auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Dennoch wiesen sie ein vergleichsweise hohes Arbeitslosigkeitsrisiko auf und seien häufig unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt. Die Politik könne durch eine weiter vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse nicht nur dem Fachkräftemangel entgegenwirken, sondern auch die Integration der osteuropäischen Zuwanderer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft fördern.

"Die Angst vor einer Armutszuwanderung aus Osteuropa erweist sich einmal mehr als unbegründet. Wenn es uns gelingt, die Zuwanderung intelligent zu steuern und bestehende Integrationshemmnisse abzubauen, können alle Seiten nur profitieren", so IZA-Direktor Zimmermann, der den Abschlussbericht heute der Europäischen Kommission in Brüssel vorgestellt hat.

Die Forschungsergebnisse im Detail, darunter elf Länderstudien, sind online abrufbar:
www.iza.org/link/ENPI

Das Programm der Projektpräsentation in Brüssel finden Sie hier:
www.iza.org/link/LabourMobility2013

Pressekontakt:
Mark Fallak, Corporate Communications, IZA
E-Mail: fallak@iza.org

